

Dringliche Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GFL/EVP (Stéphanie Penher, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL): Die No Billag-Initiative und die Konsequenzen für die Stadt Bern

Im kommenden März kommt die eidgenössische Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)» (No Billag-Initiative) zur Abstimmung. Die Initiative will, dass der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte keine Radio- und Fernsehempfangsgebühren mehr erheben dürfen. Stattdessen soll der Bund Radio- und Fernsehkonzessionen versteigern. Insbesondere wird Abs. 2 von Art. 93 BV gestrichen, welcher bisher lautet: «Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.»

Die Auswirkungen bei einer Annahme von No Billag sind klar: Sowohl die SRG-Radio- und -Fernsehsender wie auch schweizweit 34 konzessionierte private Lokalradio- und Regionalfernsehveranstalter erhalten keine Gebühren mehr. Sind diese Sender nicht in der Lage, innert kürzester Zeit alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, ist eine Schliessung nicht ausgeschlossen. Mit einer möglichen Schliessung von öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehsendern stehen gemäss Berechnungen des BAK Basel in der ganzen Schweiz rund 13'500 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Die Stadt Bern als Bundeshauptstadt und Politzentrum ist ein wichtiger Standort für die SRG-Radio- und Fernsender in der Deutschschweiz (Fernsehen, Radio und tpc). Im Kanton Bern erhalten neben Radio SRF und Fernsehen SRF auch Private Gebührengelder. In Bern sind es die Generaldirektion SRG, das Radiostudio Bern und swissinfo. Von den Privaten sind es zudem das Radio RaBe und der Lokalfernsehen Telebärn. Würden die Gebühren weiterhin eingezogen (nach der Abstimmung), erhielte auch die SDA ab 2019 einen Teil aus dem Gebührentopf. Neben einer Verarmung des publizistischen und kulturellen Angebots stehen in der Stadt Bern auch viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Der Gemeinderat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) lehnt die No Billag-Initiative ab. Wie steht der Gemeinderat zur No Billag-Initiative?
2. Wie schätzt der Gemeinderat die Gefahr für die Medienvielfalt bei der Annahme der No Billag-Initiative ein?
3. Wie viele Arbeitsplätze sind durch eine Annahme der No Billag-Initiative in der Stadt Bern bedroht?
4. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?

Begründung der Dringlichkeit

Aufgrund der Abstimmung im März 2018 und der staatspolitischen Bedeutung und der Auswirkungen auf Arbeitsplätze ist eine rasche Beantwortung notwendig.

Bern, 16. November 2017

Erstunterzeichnende: Stéphanie Penher, Brigitte Hilty Haller

Mitunterzeichnende: Franziska Grossenbacher, Regula Tschanz, Ursina Anderegg, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Rahel Ruch, Seraina Patzen, Eva Krattiger, Leena Schmitter, Patrik Wyss, Marcel Wüthrich, Danielle Cesarov-Zaugg, Manuel C. Widmer, Regula Bühlmann

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Sorge der Interpellantinnen und Interpellanten. Mit der Aufhebung der Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen würden Schweizer Radio und Fernsehen de facto abgeschafft. Ohne finanzielle Grundlage müssten die SRG sowie verschiedene private Radio- und Fernsehsender ihren Betrieb einstellen. Dies bedeutete einen Verlust an Qualitätsjournalismus, eine Gefährdung der freien und unabhängigen Meinungsbildung und eine Schwächung des nationalen Zusammenhalts. Ein Ja zur "No-Billag"-Initiative hiesse auch mehr Abhängigkeit von kommerziellen Anbietern aus dem Ausland und vor allem eine massive Einflussnahme auf die elektronischen Medien durch finanzkräftige politische und wirtschaftliche Interessensgruppen. Direkt betroffen wäre auch die Stadt Bern: Sie würde mit der SRG eine Institution verlieren, die wichtig ist für Berns Positionierung als Hauptstadt und als Zentrum der nationalen Politik.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat lehnt die "No-Billag"-Initiative ab und empfiehlt den Stimmberechtigten, am 4. März 2018 ein Nein in die Urne zu legen. Als Hauptstadt und Politzentrum setzt sich die Stadt Bern seit Jahren für den Erhalt von unabhängigen Medien ein, weil sie Voraussetzung sind für das Funktionieren der direkten Demokratie. Die SRG spielt dabei eine unverzichtbare Rolle als publizistischer Service public im Bereich der elektronischen und audiovisuellen Medien und als Garantin von Ausgewogenheit und Fairness in der politischen Debatte in der Schweiz.

Zu Frage 2:

Ohne die von Werbegeldern und Investoren unabhängigen SRG-Medien droht eine mediale Abhängigkeit von wirtschaftlichen und politischen Interessen und ein Verlust von Meinungs- und Medienvielfalt. Auf dem Radio- und Fernsehmarkt könnte sich das Gleiche abspielen, das in den vergangenen Jahren auf dem Zeitungsmarkt stattgefunden hat: Finanzkräftige Gruppen und Privatpersonen wären versucht, Radio- und Fernsehmonopole zu errichten mit dem Ziel, die Wahrnehmung und Meinung der Öffentlichkeit zu prägen und dadurch Einfluss zu nehmen auf politische und wirtschaftliche Entscheide an der Urne und im Bundeshaus.

Zu Frage 3:

Die SRG zählt in Bern mit dem Radiostudio, der Tochterfirma TPC an der Schwarztorstrasse, dem Medienzentrum Bundeshaus sowie mit der Generaldirektion und mit Swissinfo an der Giacomettistrasse 578 Vollzeit-Arbeitsplätze und beschäftigt insgesamt 709 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand Herbst 2017). Diese Arbeitsplätze wären durch ein Ja zur "No-Billag"-Initiative direkt bedroht. Hinzu drohten womöglich Arbeitsplatz-Verluste bei Radio Rabe und bei "TeleBärn" sowie indirekt bei den Zulieferbetrieben. Allerdings ist der Gemeinderat nicht in der Lage, diesbezüglich gesicherte Angaben machen zu können.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat hat beschlossen, im Abstimmungskampf klar Stellung gegen die "No-Billag"-Initiative zu beziehen und sich mittels Medienmitteilung und Kommentaren in den Sozialen Medien entsprechend zu positionieren. Weiter hat er entschieden, als Gesamtgremium dem Nein-Komitee zur "No-Billag"-Initiative beizutreten.

Darüber hinaus sucht der Gemeinderat gemeinsam mit dem Städteverband nach Wegen und Mitteln, um die Meinungsvielfalt auf nationaler und regionaler Ebene auf Dauer sichern zu können. Eine denkbare Option für den Gemeinderat ist eine indirekte oder direkte staat-

liche Förderung von Medien, um eine unabhängige und freie Meinungsbildung zu garantieren. Seiner Ansicht nach sind dabei vor allem die Bundesbehörden gefordert.

Bern, 6. Dezember 2017

Der Gemeinderat